

Bericht Nr. 2034 der Aufsichtskommission zum 133. Jahresbericht des Bürgerrates für das Jahr 2008

Dem Bürgergemeinderat zugestellt am 4. Juni 2009

In Erledigung ihres Auftrags gemäss § 12d Ziffer 2 der Gemeindeordnung legt die Aufsichtskommission (AK) dem Bürgergemeinderat (BGR) ihren jährlichen Bericht zum 133. Jahresbericht des Bürgerrates (BR) für das Jahr 2008 vor und berichtet gleichzeitig über die laufende Überprüfung der Verwaltung der Bürgergemeinde vom Mai 2008 bis und mit April 2009.

Der Bericht ist in folgende Kapitel gegliedert:

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission
2. Besondere Feststellungen
 - 2.1 Transfer der Sozialhilfe zum Kanton und neue Aufgaben
 - 2.2 Kommunikation und Waisenhaus
 - 2.3 Reha Chrischona
3. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die AK
 - 3.1. Zentrale Dienste
 - 3.2. Christoph Merian Stiftung
4. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen
 - 4.1. Bürgerspital
 - 4.2. Sozialhilfe
 - 4.3. Waisenhaus
5. Antrag

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission

Die Aufsichtskommission setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Dieter Werthemann, Präsident	GLP
Kurt Bachmann	parteilos
Eva Dietschy	Grüne
Dr. Markus Grolimund	FDP
Sereina Herzog	SP
Marcel Rünzi	CVP
Christa Zweiacker	SP + Gewerkschaften

Mit der Berichterstattung über die einzelnen Institutionen der Bürgergemeinde und über die Christoph Merian Stiftung wurden die nachfolgenden Delegationen betraut:

- Bürgerspital Sachkommission Bürgerspital
- Sozialhilfe: Sachkommission Sozialhilfe
- Waisenhaus: Sachkommission Waisenhaus
- Zentrale Dienste Dr. Markus Grolimund, Sereina Herzog
- Christoph Merian Stiftung: Eva Dietschy, Christa Zweiacker

Die Aufsichtskommission (AK) hat im Verlauf des Berichtsjahres (2008) insgesamt 11 Sitzungen abgehalten.

Im 1. Semester 2008 wurden 8 Sitzungen zur Vorbereitung des Berichtes über den 132. Verwaltungsbericht 2007 sowie für einen neuen Leistungsauftrag der Christoph Merian Stiftung als auch der Zentralen Dienste abgehalten. Im 2. Semester 2008 wurden für das Controlling sowie zur Verabschiedung der beiden neuen Leistungsaufträge und der neuen Anstellungs- und Lohnordnung wie auch der Vorbereitung der Produktesummenbudgets 2009 und der Lohnrunde 2009 3 Sitzungen durchgeführt. Zur Prüfung des Verwaltungsberichtes 2008, sowie diverser Traktanden waren im 2009 bis heute weitere 4 Sitzungen nötig.

Das Protokoll besorgte Karin Senn von den Zentralen Diensten. Für die zuverlässige Protokollführung sei der Verfasserin der beste Dank ausgesprochen. Speziell möchte die Kommission Frau Senn für ihre sorgfältige und kompetente Unterstützung in der Vor- und Nachbereitung der Kommissionsgeschäfte danken.

2. Besondere Feststellungen

2.1 *Transfer der Sozialhilfe zum Kanton und neue Aufgaben*

Nach dem Wegzug der Sozialhilfe zum Kanton stellt sich für die Bürgergemeinde die Frage, wie sie sich in Zukunft strategisch ausrichten möchte. Die von den Zentralen Diensten wohl in absehbarer Zeit zu übernehmende Aufgabe der kantonalen Waldpflege ist zwar sinnvoll, aber keineswegs eine Kompensation für die Sozialhilfe. Die neue Legislatur im Kanton und die damit verbundene neue Zusammensetzung des Regierungsrates und des Grossen Rates bietet nach Ansicht der AK eine Chance für weitere Verhandlungen zwischen Regierung und Bürgerrat, neue Aufgaben für die Bürgergemeinde zu definieren. Die AK erhofft sich vom Bürgerrat, dass er diese Chance nutzt.

Die AK regt an, dass die freigewordenen Mittel der Sozialhilfe (Liegenschaftsertrag Bernoullistrasse, CMS 500'000.-) vielleicht zusammen mit der freigewordenen CMS Million des Waisenhauses eventuell ein neues, sinnvolles Projekt unabhängig vom Kanton oder in Kombination mit einem kantonalen Leistungsauftrag ermöglichen könnten.

Die AK begrüsst die Ankündigung des Bürgerrates, sich mit einer neuen strategischen Ausrichtung auseinander zu setzen und regt an, die parlamentarische Ebene in diesen Prozess einzubeziehen.

2.2 *Kommunikation und Waisenhaus*

Im vergangenen Jahr wurden in den Medien vor allem die folgenden zwei Themen der Bürgergemeinde kommentiert: Der Transfer der Sozialhilfe und die Führungsverhältnisse im Waisenhaus. Die AK anerkennt zwar, dass nun die Verhältnisse im Waisenhaus geregelt sind, sieht aber bei der Kommunikation Verbesserungspotenzial. Wie schon vor einem Jahr im Bericht der AK moniert, war die Kommunikation aus Sicht der AK nicht frei von Widersprüchen, was durch die entspre-

chende Wiedergabe in den Medien zu einem erheblichen Gesichtsverlust der Bürgergemeinde in der Bevölkerung geführt hat. Die AK bedauert dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sie davon überzeugt ist, dass die Betreuung der Jugendlichen zu jedem Zeitpunkt sehr gut war, und die Defizite lediglich auf der Managementebene zu suchen sind. Der Öffentlichkeit wurde dies so nicht kommuniziert.

Wie schon mehrmals darauf hingewiesen, möchte die AK erinnern, dass für die Produktgruppe 3 (Services) des Waisenhauses in deren Globalbudget, welches vom Bürgergemeinderat im September 2007 in Unkenntnis der finanziellen Gegebenheiten verabschiedet wurde, immer noch mindestens CHF 300'000 bei den Erträgen fehlen.

2.3 Reha Chrischona

Obwohl in der Vergangenheit die Bettenbelegung für eine schwarze Null lediglich um 97% sein musste, ist für das Jahr 2008 eine Belegung von 98,8% nicht genügend, um eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Der Verlust liegt sogar 12% über der maximalen Grenze des grosszügig budgetierten Verlustes im Globalkredit. Der unerfreuliche Trend, dass sich die Anzahl geleisteter Pflage tage für Privat- und Halbprivatversicherte in Richtung Allgemeinversicherte verschiebt, wird für dieses negative Resultat verantwortlich gemacht. In den vergangenen Jahren sind einige Investitionen in der Reha Chrischona getätigt worden, um gerade diesen Trend umzukehren. Offensichtlich ist dieses Ziel noch nicht erreicht.

3. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Aufsichtskommission

3.1 Zentrale Dienste

Einbürgerungen

Die Einnahmen durch die Einbürgerungen sind, wie in den vorangegangenen Jahren angekündigt, zurückgegangen. Einerseits scheint der Grossteil des Abbaus der pendenten Gesuche abgeschlossen zu sein (pro Kammer werden jedoch immer noch 10 anstatt der ursprünglichen geplanten 8 Gesuche in einem Halbtage behandelt). Andererseits wurden im Berichtsjahr mehr Gesuche mit erleichterter Einbürgerung bearbeitet, für welche keine Gebühren verlangt werden können.

Im Berichtsjahr wurde ein Einbürgerungsgesuch behandelt, welches aufgrund der Intervention eines Mitglieds der Einbürgerungskommission (EBK) in einer Bürgergemeinderatssitzung von der Liste genommen wurde, obwohl die behandelnde Kammer mehrheitlich die Weiterleitung des Gesuches empfohlen hatte. Hier musste festgestellt werden, dass kein schriftlich festgelegter Ablauf dazu besteht, wie sich ein EBK-Mitglied verhalten soll, wenn es mit einem Entscheid über ein Gesuch der entsprechenden Kammer nicht einverstanden ist. Bisheriger Usus ist, dass strittige Gesuche in der Gesamtkommission diskutiert werden können, wobei es unklar zu sein scheint, wann der Entscheid gefällt wird, ein Gesuch in der Gesamtkommission zu diskutieren. Bekannterweise finden diese Sitzung nur zweimal im Jahr statt und die Gesuchsteller werden bei allfälliger Wiederbehandlung ihres Gesuches nicht mehr vorgeladen. Die Aufsichtskommission erwartet hier sinnvollerweise mit der Definition der Einbürgerungskriterien auch eine Klärung der Abläufe in schriftlicher Form.

Weiter wurde im Berichtsjahr für die Überprüfung der Zufriedenheit der Gesuchsteller mit den Dienstleistungen der Zentralen Dienste eine Befragung mittels Fragenbogen durchgeführt. Dabei erhielten nur die Gesuchsteller, welche das Prozedere erfolgreich abgeschlossen hatten und persönlich an der Bürgerbriefausgabe erschienen waren, den Fragebogen. Dessen Aussagekraft ist entsprechend beschränkt. Für die kommenden Bürgerbriefausgaben im 2009 soll nun der Frage-

bogen auch versuchsweise zusammen mit der Einladung zur Bürgerbriefausgabe verschickt werden, um zumindest alle erfolgreichen Gesuchsteller zu erreichen. Die Aufsichtskommission wird sich über den Rücklauf wieder berichten lassen.

Momentan werden von den drei Gemeinden Basel-Stadt, Riehen und Bettingen in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt Kriterien für die Einbürgerung ausgearbeitet, welche Ende Juni 2009 fertig gestellt sein sollten. Die Aufsichtskommission gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass mit diesem Prozess möglichst hohe Klarheit und Effizienz in den Abläufen erreicht werden kann und insbesondere auch dem Gebot der zumindest kantonsweiten Gleichbehandlung angemessen Rechnung getragen werden kann.

Liegenschaften

Die Liegenschaften der Bürgergemeinde werden weiterhin gut unterhalten und befinden sich überwiegend in einem recht guten Zustand. Inzwischen konnte auch eine systematische Übersicht über den Unterhaltszustand resp. den Unterhaltsbedarf erstellt werden. Brutto- und Nettorendite halten sich bei den Mietliegenschaften der Bürgergemeinde im Vorjahresschnitt. Mit den getätigten Rückstellungen soll künftiger Liegenschaftsaufwand finanziert werden können. Der einst festgestellte Nachholbedarf konnte inzwischen zumindest teilweise abgebaut werden.

Die Aufsichtskommission konnte sich darüber versichern, dass insbesondere bei Renovationen auch den ökologischen Aspekten nach Möglichkeit Rechnung getragen wird. Wie das Beispiel der Liegenschaftssanierung an der Burgfelderstrasse 18 gezeigt hat, sind gut gemeinten Projekten aber auch immer wieder Grenzen gesetzt. Die beabsichtigte Aussensanierung wurde hier mit der Begründung, dass es sich um eine Nutzungserweiterung handle, nicht bewilligt. Im Berichtsjahr wurde eine Liegenschaft (Lindenstrasse) zu einem marktüblichen Preis verkauft. Die Aufsichtskommission begrüsst eine aktive Bewirtschaftung der Anlagewerte, soweit diese auf den Erhalt und die Vermehrung des Vermögens ausgerichtet sind.

Forst

Die AK konnte mit Genugtuung feststellen, dass sich der Forstbereich weiter erfreulich entwickelt. Ziel ist es, dass auf das neue Forstjahr hin vom Amt für Wald die Pflege der kantonalen Wälder durch die Bürgergemeinde übernommen werden kann. Es ist zu hoffen, dass im Hinblick auf das Erzielen von wünschbaren Synergien zumindest diese Aufgabe nun endlich definitiv auf die Bürgergemeinde übertragen wird.

Kiesgrube

Für die im letztjährigen Bericht als „unendliche Geschichte“ bezeichnete Umsiedlung resp. Ansiedlung der Kreuzkröte scheint sich nun doch eine Lösung abzuzeichnen. Die Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft sind geführt; sobald die Bewilligungen (Rodungsbewilligung/Abbaubewilligung) vorliegen, kann die Kröte in Teile der Kiesgrube umgesiedelt werden. Die Eigentümerinteressen der Bürgergemeinde können somit gewahrt werden. Der vorliegende Umweltverträglichkeitsbericht geht von einem noch möglichen Kiesabbau von 30 – 50 Jahren aus.

Stiftungen

Die von der Bürgergemeinde verwalteten Stiftungen und Fonds beinhalten ein Gesamtvermögen von CHF 20'912'527.06. Darin eingeschlossen sind drei Liegenschaften im Wert von rund CHF 2,5 Mio. Der grösste Teil der Mittel besteht in einem Vermögensverwaltungsmandat bei der BKB (rund

CHF 11,5 Mio.). Die Performance lag hier für das Berichtsjahr bei minus 10,77 %. Trotz dem schlechten Ergebnis sollen hier auch nach Auffassung der Aufsichtskommission keine übereilten Veränderungen vorgenommen werden. Besonders bei Stiftungsvermögen ist eine langfristige Strategie zu verfolgen.

Obwohl bereits früher festgestellt werden musste, dass der Stiftungszweck in einzelnen Statuten sehr eng umschrieben ist, hat der Bürgerrat auf Zweckänderungen bislang verzichtet. Die Aufsichtskommission unterstützt den Bürgerrat in der Tendenz, einzelne Zweckbindungen grosszügig auszulegen, damit die hier zur Verfügung stehenden Mittel auch sinngemäss eingesetzt werden können.

Steuerpflicht

Bislang wurden die im Baselbiet erarbeiteten Erträge der Bürgergemeinde in Basel-Landschaft besteuert. Die Aufsichtskommission dankt dem Bürgerrat resp. dem Bürgerratsschreiber für ihre Hartnäckigkeit, mit der sie für diese Besteuerung auch für die Zukunft eine Befreiung erwirkt haben.

Strategieprozess

Die Aufsichtskommission begrüsst die Bemühungen des Bürgerrates, die inzwischen ein professionelleres Vorgehen erwarten lassen. Im Jahr 2009 sollen die Arbeiten intensiv vorangetrieben werden, und es sollen in diesem Rahmen auch Interviews mit Mitgliedern des Parlaments geführt werden. Nach wie vor wird die Bürgergemeinde zu wenig oder falsch wahrgenommen. Auch hier möchte die Aufsichtskommission den Bürgerrat in der Absicht bestärken, diesem Thema im Rahmen des eingeleiteten Prozesses genügend Raum zu geben.

3.2 Christoph Merian Stiftung

Vermögensbewirtschaftung, Erfolgsrechnung der CMS 2008

Die CMS weist für das Geschäftsjahr einen Gewinn von CHF 11'200'677 aus. Der Wertschriftenverlust wurde durch die Reserven ausgeglichen, sodass der Betrag aus dem Anteil von 45% des Ertrags der Stiftung für die Bürgergemeinde CHF 5,5 Mio ausmacht. Somit erlaubt die jährliche Ertragskonstante auch dieses Jahr der Bürgergemeinde eine berechenbare Planung und Mittelverwendung ihres Engagements.

Die Aufsichtskommission ist zuständig für die Oberaufsicht der Ertragsverteilung, während die Oberaufsicht über die Vermögensverwaltung und damit über die Erwirtschaftung des Ertrags beim Bürgerrat liegt. Trotzdem erlaubt sich die AK zu hinterfragen, ob die jährlichen Erträge von CHF 10 – 11 Mio einer gängigen Performance auf dem Vermögen der CMS entsprechen. Dies im Hinblick darauf, dass der Bilanzwert der Liegenschaften bei CHF 220 Mio, deren Gebäudeversicherungswert bei CHF 390 Mio liegen, was bei Einschätzung eines möglichen Verkehrswertes wahrscheinlich ein Vermögen von CHF 400 – 500 Mio ergeben würde.

Mittelverwendung: die Engagements aus dem Anteil der Bürgergemeinde am Ertrag der CMS

Im Berichtsjahr wurde ein Gesamtbetrag von CHF 5,5 Mio für rund 60 Projekte bewilligt.

Produktgruppe Soziales: 86% / CHF 4,5 Mio

Linderung der Armut: CHF 1,8 Mio

Das Schwerpunktprojekt „Basel schafft“ mit CHF 500'000 wurde für das Jahr 2008 letztmals ausbezahlt. Das heisst, diese CHF 500'000 sind nicht mehr der Sozialhilfe zugesprochen, sind also frei verfügbar. Obwohl der Betrag momentan in der Leistungsvereinbarung festgehalten ist, bestehen verschiedenen Optionen für den Bürgerrat, diese Mittel innovativ einzusetzen.

Unterstützung von Kinder und Jugendlichen: CHF 2,1 Mio

Die Schuldenberatungsstelle „plusminus“ mit CHF 300'000 wurde vom Controlling der Stiftung evaluiert, und die entsprechenden Korrekturmassnahmen wurden eingeleitet.

Das Kinderbüro mit CHF 270'000 wird ebenfalls evaluiert. Das Projekt Tagesferien des Erziehungsdepartements und der Mittagstisch St. Margarethen werden für 2009 – 2012 mit CHF 1,62 Mio unterstützt. Das Projekt Mittagstisch und Arbeitstraining im Waisenhaus mit CHF 150'000 bietet anschliessend an das Essen Begleitung der Hausaufgaben an.

Quartierentwicklung und Integration: CHF 592'000.

Das Projekt Lernen im Park mit CHF 80'000 ist seit der Integration in K5 auf gutem Weg und bietet im Anschluss überleitend Deutschkurse an. Das Projekt „Freizeithalle Dreirosen“ mit CHF 190'000 wurde ebenfalls evaluiert, die entsprechenden Korrekturen wurden eingeleitet. Mit dem Projekt für Oekostadt, Begrünung St. Johann mit CHF 60'000 wurde das erste grössere grüne Projekt unterstützt.

Produktgruppe Natur und Umwelt: 9% / CHF 500'000

Merianpark CHF 360'000 / Waldungen der Bürgergemeinde CHF 140'000

Produktgruppe Städtische Kultur: 5% / CHF 250'000

Bücher: Baseldeutsches Wörterbuch CHF 150'000, Orte der Erinnerung CHF 38'000, Klöster in Basel CHF 11'000, Theo der Pfeifenraucher CHF 50'000.

Die AK stellt fest, dass der Christoph Merian Verlag nach wie vor am falschen Ort budgetiert ist.

Die Vision: Eines der derzeit grössten Stiftungsprojekte ist die langfristige Transformation des Dreispitz in ein attraktives urbanes Quartier. Dieses Campus-Projekt ist höchst erfreulich. Das Unternehmen scheint auf gutem Weg zu sein.

Die AK bedankt sich für den Einsatz und die Arbeit der Stiftungskommission und ihres Präsidenten.

4. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen

4.1 Bürgerspital

Einleitung

Die Betriebstätigkeit des Bürgerspitals bewegte sich im Berichtsjahr 2008 in vorgegebenen, durch ökonomische Kreativität kaum beeinflussbaren Rahmenbedingungen. Auf der Ertragsseite waren dies im Voraus vertraglich festgelegte Tagestaxen oder Pauschalentschädigungen, auf der Aufwandseite vor allem erhöhte Personalaufwendungen, welche die Leitung des Bürgerspitals so zu akzeptieren hatte, wie sie der Bürgergemeinderat beschloss. So wirkte sich die vom Bürgergemeinderat festgelegte generelle Lohnerhöhung von 2.5% ungünstig auf das Betriebsergebnis aus, weil sie auf der Ertragsseite nicht kompensiert werden kann. Die vertraglich festgelegten Betriebsentschädigungen für das Bürgerspital kennen in der Regel keinen automatischen Teuerungsausgleich.

Umso erfreulicher ist, dass trotz diesen ungünstigen Vorgaben auf der Einnahmenseite das Budget übertroffen werden konnte (Betriebsertrag: CHF 106'179'749 / Budget 2008: CHF 100'433'000). Zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben vor allem hohe Auslastungen im betreuten Wohnen, die Integration des Wohnhauses @home, hohe Zahlen bei der Beruflichen Integration sowie gesteigerte Produktionserlöse der Betriebe und Werkstätten.

Im Vergleich zur Ertragsentwicklung ist der Betriebsaufwand überproportional gestiegen, namentlich wegen der gestiegenen Personalkosten, aber auch wegen der Aufwandentwicklung in den Positionen Lebensmittel, Haushalt, Energie und Wasser und den Kostensteigerungen im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Neubauten an der Flughafenstrasse.

Die negative Börsenentwicklung hat sich 2008 auch im Wertschriftenertrag des Bürgerspitals niedergeschlagen, was durch gesteigerten Liegenschaftsertrag kompensiert werden konnte.

Die Mitarbeitenden des Bürgerspitals haben 2008 unter schwierigen Rahmenbedingungen ein Gesamtergebnis erwirtschaftet, das sich sehen lassen kann. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung seitens des Bürgergemeinderates.

(Hansruedi Rytz)

Produktegruppe 1 - „Medizinische Rehabilitation“

Die Reha Chrischona kann auf ein erfreuliches Jahr zurückblicken: Nach mehrjährigen Renovationsarbeiten konnte im vergangenen September der Bauabschluss gefeiert werden. Bemerkenswert ist, dass während der ganzen Bauphase der Klinikbetrieb aufrechterhalten wurde. Die den veränderten Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten angepasste Infrastruktur der Klinik spiegelt sich sowohl in der hohen Bettenauslastung von 98,8 % als auch dem hohen Zufriedenheitsgrad der Nutzniesser wider.

Trotz dieser hohen Belegung war die Rechnung leider nicht ganz ausgeglichen. Die Gründe dafür sind:

- Zunehmend zeigt sich eine Verlagerung von Patienten mit einer Privat- und Halbprivatversicherung zugunsten der Allgemeinversicherten. Dies schlägt sich in einem kleineren Einnahmenvolumen nieder.
- Gerade im Allgemeinsektor besteht leider keine volle Kostendeckung der kantonalen Taxbeiträge.
- Zudem bedingt eine höhere Patientenbelegung eine Steigerung im Personal wie auch im Betriebsaufwand.
- Ebenso wird der Pflegeaufwand für die aus dem Akutspital zugewiesenen Patienten zunehmend intensiver, da diese oft mehrere Begleitkrankheiten und ein durchschnittlich höheres Lebensalter als früher aufweisen.

Ungeachtet dieser schwierigen Anforderungen hat die Reha Chrischona das ganze vergangene Jahr hindurch einen grossen und engagierten Einsatz geleistet, trotz Norovirus-Zeiten sowie Bauschutt und Baulärm. Dafür bedankt sich die Sachkommission beim gesamten Klinikpersonal herzlich.

(Barbara Graber)

Produktegruppe 2 – „Betreuung von Betagten“

Debitorenverluste

Nach wie vor ist die Finanzierungsabklärung ein zentrales Thema. Durch die Anwendung eines verfeinerten Verfahrens kann die Situation als nicht besorgniserregend definiert werden. Sofort nach Eintritt werden die Finanzierungsmöglichkeiten sorgfältig abgeklärt und entsprechende Massnahmen eingeleitet. Zum Beispiel: Abtretungsverträge zur direkten Überweisung von Ergänzungsleistungen, AHV, Pensionskasse, Errichten einer Beistandschaft für finanzielle Belange.

Belegung / Wartelisten

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Auslastung um 1.2% auf 99,2 % erhöht. Ein äusserst erfreuliches Resultat. Entgegen den Prognosen von Seiten des Kantons sind die Wartelisten zunehmend rückläufig. Dem Aufruf nach Erhöhung der Bettenkapazität folgend (vorwiegend im psychogeriatrischen Bereich), konnten die Erwartungen des Pflegeheims am Bruderholz nicht erfüllt werden. Das Tagesheim mit 14 Plätzen musste Ende März 2009 geschlossen werden. Die Belegung von Mehrbettzimmern ist nach wie vor mit viel Aufwand verbunden.

Heimcheck

Die Aufsicht und Kontrolle, d.h. eine regelmässige Überprüfung der im „Grundangebot und Basisqualität in Alters- und Pflegeheimen“ definierten Normen, erfolgt mittels Heimcheck durch den Kanton. Im Jahre 2008 wurde ein Heim des Bürgerspitals mit guten Resultaten überprüft.

RAI-Audit (Kontrolle der korrekten Handhabung)

Das im Jahre 2001 durch den Kanton eingeführte RAI-System (RAI = **R**esident **A**ssessment **I**nstrument) dient der umfassenden Pflegebedarfsabklärung und Bestimmung der Pflorgetaxen. Die Kontrolle in drei Heimen hat eine Abweichung von 0.5% aufgezeigt. In Anbetracht dieses äusserst sensiblen Verfahrens, der erforderlichen Handhabung und Schulung des Personals ist dieses Resultat sehr erfreulich.

Personal / Bildungslandschaft

Möglicherweise durch die steten Veränderungen in den Ausbildungen, vor allem im Bereich Alterspflege, wird es zunehmend schwieriger qualifiziertes Fachpersonal aus der Schweiz zu rekrutieren. Bewerbungen und Anstellungen aus den benachbarten Grenzregionen nehmen stark zu.

Zufriedenheit der BewohnerInnen

Gemäss Umfrage im teilstationären Bereich ist die Zufriedenheit gegenüber dem Vorjahr um 2% auf 96% leicht gesunken, ein hervorragendes Resultat, zu dem allen MitarbeiterInnen ein „Kränzchen“ gewunden werden darf.

Abschliessend ist zu erwähnen, dass sich das Bürgerspital mit seinen Alterszentren und Pflegewohnheimen, sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung, weiterhin auf Erfolgskurs bewegt.

(Heidi Keller)

Produktegruppe 3 - „Betreuung und Förderung von Menschen mit einer IV-Rente“

„Abklärung, Neu- und/oder Wiedereingliederung von versicherten Personen ins soziale Umfeld und ins Berufsleben“

Seit dem 1. Januar 2008 erfolgt die Finanzierung der Arbeitsplätze für Menschen sowie das begleitete Wohnen von Menschen mit einer IV-Rente ausschliesslich über die Kantone. Mit dem Wechsel der Zuständigkeit im Vollzug kommt der Neue Finanzausgleich des Bundes (NFA) zum tragen. Mit Interesse wird zur Kenntnis genommen, dass die vertragliche Ausgestaltung einer

Leistungsvereinbarung zwischen dem Bürgerspital und dem Kanton Basel-Stadt im Bereich Arbeit kurz vor dem Abschluss steht. Im Bereich des Begleiteten Wohnen besteht für die Jahre 2006 – 2009 bereits eine Leistungsvereinbarung, in welcher auf die finanziellen Aspekte bezogen, relativ restriktive Bestimmungen über die Rückstellungspflicht eines allfälligen Überschusses für künftige Verlustabdeckungen, die Festlegung der anrechenbaren Gesamtkosten und der mit den Leistungsbezüglern abzurechnenden Monatspauschalen geregelt werden. Kann es sein, dass hier der unternehmerische Spielraum ohne Not eingeschränkt wird? Dass die Teuerung innert der Vertragsperiode nicht ausgeglichen wird, kann in Fällen hoher Teuerung zu Problemen führen. Dass kein automatischer Teuerungsausgleich gewährt werden kann, leuchtet dagegen ein. Die Erfüllung der vielfältigen Aufträge hat das Bürgerspital auch im Berichtsjahr erfolgreich und mit hohem Engagement gemeistert, wie die Vergleiche zwischen Soll-Werten und den entsprechenden Ergebnissen zeigen. Der Zufriedenheitsgrad der Mitarbeiter mit Rente beträgt 88 %, womit das Ziel zwar nicht ganz erreicht wurde, aber gegenüber dem Vorjahr doch eine respektable Verbesserung um 5 % darstellt. Durch die Anpassung der Sollwerte ist die Zufriedenheit der externen Auftraggeber mit 92 % überschritten, während die Anforderung beim Begleiteten Wohnen mit 90 % genau erfüllt wurde. Bei den Beruflichen Massnahmen, wo wiederum ein sehr erfreuliches, nochmals verbessertes Resultat von 97 % registriert werden durfte, wurde mit 189 laufenden Massnahmen der höchste je gemessene Wert verzeichnet. Das neue Projekt der Ausbildung zur Hilfskraft, z.Zt. von 14 Lernenden besucht, richtet sich an lernbehinderte Jugendliche, für die selbst die Attestausbildung eine zu hohe Hürde darstellt. Diese Arbeitsmöglichkeit bietet vielleicht die letzte Chance einer Integration in die Arbeitswelt! Die unternehmerisch geführten Betriebe beeindrucken mit qualitativ hochwertigen Leistungen und einem auch für den Aussenstehenden spürbaren, angenehmen Arbeitsklima. Wie im kürzlich besuchten Betrieb der Mikrografie arbeiten überall Menschen mit Freude und Einsatz. Trotz verschiedenen Einschränkungen wie Umzügen usw. wurde generell ein überaus erfolgreiches Jahr verzeichnet. Das neue Ladenlokal „Büspishop“ in der Passerelle der Aeschenvorstadt 55 verdient es, von allen möglichst weit herum bekannt gemacht zu werden!

(Marcel Rünzi, Andreas Ungricht und Heinrich Heusser)

Produktgruppe 4 – „Abklärung von Klientinnen und Klienten im Hinblick auf eine berufliche Wiedereingliederung“

Kein Kommentar der Sachkommission notwendig.

4.2 Sozialhilfe

Auf der Grundlage einer Leistungsvereinbarung mit dem Kanton führte bis zum Jahresende 2008 die Bürgergemeinde die Sozialhilfe unserer Stadt. Sie tat dies engagiert und hoch motiviert. Immer wieder wartete die Führung der Sozialhilfe mit innovativen und kreativen Lösungsansätzen auf und begegnete so den wachsenden Anforderungen. Es überrascht nicht, dass die Sozialhilfe Basel oftmals in der Schweiz eine Leaderposition eingenommen hatte und neue Wege aufzeigen konnte, so im Zusammenhang mit dem Case Managements. Auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, auf die im letzten Jahresbericht eingegangen wurde, war ein zentrales Thema. Bei der Optimierung der Prozesse nach innen bemüht sich die Sozialhilfe stets um Effizienzsteigerung, wie das jüngste Beispiel OPAL (Organisation, Prozesse, Abläufe) belegt.

Das Berichtsjahr bedeutete für die Leitung der Sozialhilfe ein erhebliches Mass an zusätzlichen Aufgaben, galt es doch, den Wechsel zum Kanton aufzugleisen.

Nun ist ab Jahresbeginn die Sozialhilfe in das neu geschaffene Wirtschafts- Sozial- und Umweltdepartement integriert. Hoffen wir, es mögen sich die mit dem Wechsel zum Kanton angepriesenen Synergieeffekte bald einstellen und zum Gewinn für unsere Stadt werden.

Für die Bürgergemeinde ist der Wegfall der Sozialhilfe ein schmerzhafter Verlust. Mit Genugtuung darf festgehalten werden, dass die Bürgergemeinde ihren Auftrag stets tadellos ausgeführt hat und dem Kanton Ende letzten Jahres ein eingespieltes und bestens funktionierendes Unternehmen übergeben werden konnte.

Der bereits im Vorjahr verzeichnete Trend rückläufiger Fallzahlen hielt auch 2008 an. Der Totalaufwand für die Sozialhilfe ist von CHF 195'598'549.--, gegenüber dem Vorjahr mit CHF 207'162'799.--, um 5.6% zurückgegangen. Der Ertrag verringerte sich gering, im Jahre 2008 waren es CHF 72'335'984.--, gegenüber CHF 73'437'715.-- im 2007 (-1.5%). Es verbleibt im 2008 ein Aufwandüberschuss von CHF 123'262'565.--, gegenüber dem Vorjahr 2007 mit CHF 133'725'084.-- (-7.8%). Zum vorsichtig ausgelegten Budget präsentiert sich die vorliegende Rechnung 2008 mit einer Unterschreitung des Aufwandüberschusses um rund CHF 14 Mio. als erfreulich. Dennoch, der immer noch hohe Aufwand für die Sozialhilfe bildet weiterhin einen erheblichen Posten in der Rechnung unseres Gemeinwesens.

Produktgruppe 1: SOZIALHILFE

INTAKE

Mit dem Intake – Verfahren wird sichergestellt, dass die Sozialhilfeunterstützung nicht oder nur kurzfristig (generell bis maximal 4 Monate) notwendig ist. Die Vorgabe, dass maximal 35% der Erstaufnahmen für Langzeitunterstützungen der Integration zugewiesen werden, wurde mit 31.1% (Vorjahr 32.2%) weiterhin verbessert. Bei den Erstaufnahmen, mit Gesprächen mit Sozialberatern, wurden 2'821 (2'933) Menschen eingehend beraten. Insgesamt konnten durch die Informationsgespräche und durch die Erstaufnahme 4'265 (3'293) Gesuchstellende ohne Sozialhilfeleistungen eine Lösung vermittelt werden. Zur Begleitung wurden der Abteilung Integration 877 (943) Fälle übertragen.

INTEGRATION

Im Bereich INTEGRATION hat mit -10% ein ähnlicher Fallrückgang wie im Vorjahr stattgefunden. Markant war wiederum der Fallrückgang bei jungen Erwachsenen (-13%). Die ergriffenen Massnahmen zeigen Wirkung. Der Begleitung und Beratung junger Erwachsener muss auch in Zukunft hohes Gewicht beigemessen werden.

FÖRDERUNG

Das Mitte 2007 geschaffene Arbeitsintegrationszentrum AIZ arbeitet für die Sozialhilfe, das Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA und die Invalidenversicherung. Der Grossteil der Zuweisungen kommt aus der Sozialhilfe. Offenbar bestehen für die Zusammenarbeit noch Entwicklungs- und Verbesserungsmöglichkeiten, die wahrgenommen und umgesetzt werden sollten.

Produktgruppe 2: MIGRATION

INTAKE MIGRATION Asyl & VA 7

Das Intake war mit 99 Neuaufnahmen ab Empfangsstelle hoch ausgelastet (Vorjahr 50). Im 4. Quartal mussten nochmals 85 Personen aufgenommen und in Zivilschutzanlagen untergebracht werden. Eine auf Dauer unhaltbare Situation! So hat sich die Sozialhilfe für zusätzlichen Wohnraum umgesehen. Kein leichtes Unterfangen, werden doch Asylunterkünfte vom Wohnumfeld oftmals argwöhnisch wahrgenommen, was die Sozialhilfe zu zeitraubender Aufklärungsarbeit zwingt.

Rückkehrberatung

Obschon das Angebot der Rückkehrberatung ausgeweitet worden ist, nahm die Zahl der freiwillig Ausreisenden mit 5 Personen, gegenüber 13 Personen im Vorjahr deutlich ab.

VA 7 + & FL

Die Fehlerquote bei der Überprüfung auf korrekte wirtschaftliche Hilfe war gering. Die Einsätze der Stadthelferin und die Hausbesuche der Sozialberaterinnen bewähren sich.

Erfreulich entwickelt sich die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Roten Kreuz SRK – Sektion Jugendrotkreuz und Freiwilligenarbeit, welche Unterstützung bei Hausaufgaben und in der Gestaltung der Freizeit leistet. Mit der vorgesehenen Anmietung neuer Wohnungen wird die räumliche Situation an der Dornacherstrasse 43 verbessert und es steht für die Abteilung Intake mehr Platz zur Verfügung. Ein bereits im letzten Jahresbericht angesprochenes Problem wird damit weitgehend gelöst.

Produktgruppe 3: SUBSIDIARITÄT

VERSICHERUNGEN

Durch die Standardisierung von Abläufen konnte die Geltendmachung von Sozialversicherungsansprüchen verbessert werden. Mit der Schulung der mit der Fallführung in Fragen der Subsidiarität befassten Personen hat ebenfalls zu einer Verbesserung der Geltendmachung von Drittleistungen beigetragen.

ALIMENTE und RÜCKFORDERUNGEN

Die Rückerstattung verzeichnet im Berichtsjahr 2008 eine weitere Steigerung der Inkassofälle. Es waren 1'277 Fälle, gegenüber 1'062 im Jahr zuvor. Immer wieder kommt es vor, dass Klientinnen und Klienten zu Unrecht Leistungen beziehen. Leider können nur rund 10% zurück gefordert werden können. Im Jahre 2008 wurden rund CHF 1.547 eingekassiert, gegenüber 1.34 Mio. im Vorjahr.

Schlussbemerkungen

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialhilfe, die sich auch im Berichtsjahr 2008 für die Sozialhilfe engagiert und sehr gute Arbeit geleistet haben, gebührt hohe Anerkennung. Mit ihrem Einsatz auf allen Stufen und ihrem engagierten und innovativen Begehen neuer Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Hinführung zur Selbsthilfe von unterstützungsbedürftigen Menschen leisten sie den Betroffenen und der Stadt Basel hervorragende Dienste.

4.3 Waisenhaus

4.3.1 Allgemeine Bemerkungen

Die Sachkommission hat den Verwaltungsbericht in ihrer Sitzung vom 28. April 2009 zur Kenntnis genommen und eingehend diskutiert. Mit Genugtuung darf die Kommission feststellen, dass das Waisenhaus auch in Zeiten der Turbulenz fest auf Kurs geblieben ist und jederzeit Gewähr für die Erhaltung des Wohles der Kinder und Jugendlichen geboten hat. Aufgrund des engagierten Einsatzes der Mitarbeitenden auf allen Stufen konnte eine sehr gute Auslastung erzielt werden. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung. Das Bürgerliche Waisenhaus ist bestens positioniert.

4.3.2 Produktgruppe Pädagogik – Heim

Die gesamte Auslastung der einzelnen Gruppen beträgt im Berichtsjahr 101.9 %. Zusammen mit den erhöhten Tagespauschalen führte dies zu einem Ertragsüberschuss von CHF 449'201, was als ausserordentlich erfreuliches Ergebnis gewertet werden darf. Die kantonalen Vorgaben wurden erfüllt bzw. übertroffen.

4.3.3 Produktgruppe Pädagogik – Übrige

Weiterhin erfreulich ist auch die Entwicklung des Mittagstisches Wettstein. Mit rund 60 Mittagessen hat sich das Projekt fest etabliert. Es bietet mit dem erweiterten Programm der Aufgabenhilfe und der Nachmittagsbetreuung ein nicht mehr wegzudenkendes Angebot.

Besondere Erwähnung verdient auch das Projekt Notbett. Es gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, bei Bedarf selbst kurzfristig einen Heimplatz in Anspruch zu nehmen. Das Angebot wurde im Berichtsjahr rege in Anspruch genommen und dürfte über das geplante Projektende im Juni 2009 hinaus weitergeführt werden.

4.3.4 Produktgruppe Services

Der Vermietungsstand konnte im Berichtsjahr grösstenteils stabil gehalten werden. Die Mieter fühlen sich wohl und gut aufgehoben.

Die Planungsarbeiten für den Neubau der Durchgangsgruppe wurden vorangetrieben.

4.3.5 Produktgruppe Kultur

Die Finanzierung der Erhaltung der denkmalgeschützten Bausubstanz scheint nun auf besserem Weg zu sein. Das Verhandlungsergebnis muss aber noch die grossrätliche Hürde nehmen. Die Kommission hofft sehr, dass die dringendst notwendigen Arbeiten in absehbarer Zeit durchgeführt werden können. Weitere Verzögerungen würden erhebliche Zusatzkosten verursachen.

5. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt die Aufsichtskommission dem Bürgergemeinderat, den 133. Jahresbericht des Bürgerrates über das Jahr 2008 zu genehmigen sowie von den Jahresberichten und Jahresrechnungen 2008 der Sozialhilfe der Stadt Basel und der Christoph Merian Stiftung Kenntnis zu nehmen.

Namens der Aufsichtskommission
Der Präsident: Dr. Dieter Werthemann

27. Mai 2009